

Antrag

**der Abgeordneten Christoph de Vries, Dennis Gladiator, Dr. Walter Scheuerl,
Karin Prien, Nikolaus Haufler (CDU) und Fraktion**

Betr.: Nach dem Tod Yagmurs – Sofortüberprüfung der geplanten Rückführung von außerhalb der Herkunftsfamilie untergebrachten Kindern und Rückführungsstopp in Fällen elterlicher Gewalt gegen das Kind

Obwohl die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen die Eltern der kleinen Yagmur wegen Gefährdung des Kindeswohls noch nicht abgeschlossen waren, wurde Yagmur Anfang August des letzten Jahres zurück zu ihren Eltern gebracht. Zu diesem Zeitpunkt konnte in keiner Weise ausgeschlossen werden, dass die Eltern selbst das Mädchen schwer verletzt hatten. Diese seit Längerem angelegte Entscheidung zur Rückführung von Yagmur hat das kleine Mädchen das Leben gekostet. Viereinhalb Monate später war das Kind tot.

Zur endgültigen Aufklärung der Umstände und der damit verbundenen Umsetzung konkreter Maßnahmen bedarf es der bereits beantragten Einsicht in die Akten. Auch müssen die Ergebnisse der Jugendhilfeinspektion abgewartet werden.

Da jedoch davon auszugehen ist, dass in den Hamburger Jugendämtern derzeit auch die Rückführung weiterer Kinder in ihre Herkunftsfamilien geplant wird, muss dieser Schritt angesichts weiterer möglicher Fehlentscheidungen und zum Schutz der betroffenen Kinder genauestens überprüft werden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. eine Sofortüberprüfung aller Akten von Pflegekindern und von in Obhut genommenen Kindern auf bestehende Risiken anzuordnen, bei denen eine Rückkehr in die Herkunftsfamilie derzeit vorbereitet wird.
2. den Rückführungsprozess bei denjenigen Kindern, die aufgrund von Gewaltanwendung ihrer Eltern aus der Familie genommen wurden oder bei denen ein solcher Verdacht aktuell besteht, vorerst zu stoppen.
3. alle Kinder, die trotz bestehender Verdachtsmomente auf Misshandlung und Gewaltanwendung zu ihren Eltern zurückgeführt wurden, unverzüglich durch das betreuende Jugendamt persönlich in Augenschein zu nehmen.
4. der Bürgerschaft bis zum 31. März 2014 zu berichten.